



**48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,
Umweltschutz und ländliche Entwicklung**

Gremium: Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz
und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.04.2013, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.03.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 2.1 Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände an vorbereitenden Untersuchungen und Sanierungssatzungen
13/SVV/0138 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
geänderte Fassung der Fraktion vom 19.03.2013
- 2.2 EU-Richtlinie "Konzessionsvergabe" nicht auf die Wasserversorgung anwenden
13/SVV/0140 Fraktion DIE LINKE
- 2.3 Prioritätenliste Winterreinigung
13/SVV/0169 Fraktionen Potsdamer Demokraten, DIE LINKE, BürgerBündnis
- 2.4 Ordnung und Sauberkeit am Schlaatz
13/SVV/0194 Fraktion DIE LINKE
- 2.5 Spiegel an Ampelmasten
13/SVV/0208 Fraktion CDU/ANW

3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße
13/SVV/0113 Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

3.2 Fahrplankorrektur RE 1
bzgl. DS 13/SVV/0021
13/SVV/0150 Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung

4 Berichte und Informationen

4.1 Bericht über geplante Baumpflanzungen im Frühjahr
2013

4.2 Information zur Bekämpfung des
Eichenprozessionsspinners in der LHP

5 Sonstiges



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
18.04.2013	18:00 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/r



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0138

öffentlich

Betreff:

Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände an vorbereitenden Untersuchungen und Sanierungssatzungen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 19.02.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

06.03.2013

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab sofort bei vorbereitenden Untersuchungen und Erstellung von Sanierungs- und Entwicklungssatzungen die anerkannten Träger der Naturschutzverbände im Land Brandenburg zu beteiligen.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die anerkannten Naturschutzverbände im Land Brandenburg werden bei den o. g. Verfahren nicht zwingend beteiligt. In fortschrittlichen Gemeinden wird dies freiwillig durchgeführt. Damit können ggf. auftauchende Konflikte frühzeitig erkannt und bearbeitet werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0140

öffentlich

Betreff:

EU-Richtlinie "Konzessionsvergabe" nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.02.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.03.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Wasser ist ein Allgemeingut und das wichtigste Lebensmittel. Die Wasserversorgung ist ein Kernstück der kommunalen Daseinsvorsorge.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge stellen die Kommunen eine ortsnahe und nachhaltige Versorgung sicher und das in einem europaweit führenden Qualitätsstandard.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt Zielsetzungen, das Vergaberecht von Dienstleistungskonzessionen europaweit transparenter zu regulieren, die sozialen Bedingungen einzubeziehen und Korruption zu bekämpfen. Gleichfalls gilt es, bewährte Strukturen im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, der Umwelt und kommunaler Selbstverwaltung zu bewahren und zu stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung sieht jedoch im Vorschlag der Europäischen Kommission die Gefahr einer schleichenden Öffnung der Wasserversorgung für einen reinen Wettbewerbsmarkt und begrüßt die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“.

II. Die Stadtverordnetenversammlung

1. begrüßt, dass Brandenburg die Bundesrats-Anträge aus Bayern und Nordrhein-Westfalen unterstützt, die fordern, dass die kommunale Wasserversorgung dauerhaft aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen wird.
2. fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin dafür einzusetzen, dass bewährte Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht gefährdet und Regelungen zur interkommunalen Zusammenarbeit erheblich nachgebessert werden. Die Umsetzung der Richtlinie darf zu keinen erhöhten bürokratischen Belastungen für öffentliche Auftraggeber und Unternehmen führen.
3. ruft alle Amts- und Mandatsträger und Bürgerinnen und Bürger in Potsdam auf, die Petition 39433 beim Deutschen Bundestag „Gewährleistung einer sicheren und bezahlbaren Trinkwasserversorgung“ zu unterschreiben.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

1. Zur Dringlichkeit: Der Binnenmarktausschuss (IMCO) des Europäischen Parlaments hat am 24. Januar 2013 dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zugestimmt, für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen europaweit einheitliche Regelungen zu schaffen. Davon hat die Fraktion DIE LINKE am Freitag, dem 15.02.2013 Kenntnis erhalten.
2. Zum Antrag: Die Richtlinie greift tief in die kommunalen Strukturen ein. Insbesondere ist die Wasserversorgung von der Richtlinie betroffen.

Nach jetzigem Stand ist ein Inkrafttreten der Richtlinie Mitte 2013 vorgesehen. Eine Umsetzung in deutsches Recht muss anschließend innerhalb von zwei Jahren erfolgen. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht wird durch die vorliegende Richtlinie dahingehend eingeschränkt, dass Kommunen nur noch unter sehr engen Voraussetzungen die Entscheidungshoheit über diesen Bereich der Daseinsvorsorge behalten. Somit könnten die gewählten kommunalen Gremien nur noch sehr begrenzt selbst über die Organisationsform der kommunalen Daseinsvorsorge entscheiden.

Zum Sachverhalt läuft gegenwärtig eine Petition beim Deutschen Bundestag. Diese kann mit gezeichnet werden unter nachfolgender Internetseite: https://epetitionen.-bundestag.de/petitionen/_2013/_01_24/Petition_39433.nc.html



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0169

öffentlich

Betreff:

Prioritätenliste Winterreinigung

Einreicher: Fraktionen Potsdamer Demokraten, DIE LINKE,
BürgerBündnis

Erstellungsdatum 04.03.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

03.04.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, für den kommenden Winter eine Prioritätenliste zu erarbeiten, welche

- Haltestellen,
- Straßenübergänge und
- Behindertenparkplätze

unverzüglich bei Schneefall und Eisglätte zu reinigen (abzustumpfen) sind, um älteren und insbesondere behinderten Menschen, aber auch Eltern mit Kinderwagen die Teilnahme am öffentlichen Leben auch bei winterlichen Witterungsverhältnissen zu ermöglichen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist zur Sitzung am 4. 9. 2013 zu berichten.

P. Schultheiß

Dr. H.-J. Scharfenberg

U. Bankwitz

Fraktionsvorsitzender
Potsdamer Demokraten

Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE

Fraktionsvorsitzende
BürgerBündnis

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Witterungsverhältnisse des Winters 2012/2013 mit Frosttemperaturen und erheblichem Schneefall haben deutliche Einschränkungen für ältere Menschen, insbesondere für behinderte Menschen mit sich gebracht.

Dabei wurde offensichtlich nach Kräften gereinigt und abgestumpft, aber die Reinigungs- bzw. Streumaßnahmen können nicht gleichzeitig an allen Stellen durchgeführt werden.

Gleichwohl sollte für die Haltestellen, Straßenübergänge und Behindertenparkplätze eine Prioritätenliste erarbeitet werden, um z. B. Menschen mit Rollatoren oder Rollstühlen eine gefahrlose Nutzung der öffentlichen Straßen, Gehwege und des ÖPNV zu ermöglichen. Gleiches gilt auch für Eltern mit Kinderwagen, die bei derartigen Witterungsverhältnissen naturgemäß ähnliche Probleme haben.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0194

öffentlich

Betreff:

Ordnung und Sauberkeit am Schlaatz

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 18.03.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

03.04.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass im Frühjahr 2013 eine Begehung des Wohngebietes Schlaatz durch das Ordnungsamt durchgeführt wird. Dazu sollten Bewohner des Wohngebietes eingeladen werden. Ziel ist es, ausgehend von einer starken Kritik an der Ordnung und Sauberkeit im Wohngebiet, den konkreten Zustand festzustellen und notwendige Maßnahmen einzuleiten. Dazu gehören z. B. der Zustand der Abfallbehälter, verschiedene Sperrmüllecken usw.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Vor dem Hintergrund einer Kritik an der mangelnden Ordnung und Sauberkeit im Wohngebiet Schlaatz sollte die Verwaltung die Initiative ergreifen und im Frühjahr 2013 in einer Begehung die Mängel feststellen sowie entsprechende Maßnahmen einleiten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0208

öffentlich

Betreff:

Spiegel an Ampelmasten

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 19.03.2013

Eingang 902: 19.03.2013

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.04.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die zusätzliche Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern sollen an Kreuzungen Spiegel an den Ampelmasten angebracht werden, die Lastwagen-, Bus- und Autofahrern einen besseren Überblick über das Verkehrsgeschehen geben und Verkehrsteilnehmer im Toten Winkel sichtbar machen. Wir schlagen vor, zunächst als Pilotprojekt die Ampeln Friedrich-Ebert-Straße, Ecke Yorkstraße (stadtauswärts, Rechtsabbieger), Hegelallee, Ecke Jägerallee (stadtauswärts, Rechtsabbieger) und Breite Straße, Zeppelinstraße Richtung Louisenplatz (Rechtsabbieger) mit Spiegeln auszustatten. Bei Erfolg des Systems sollten weitere Kreuzungen hinzukommen. Die Kosten belaufen sich auf ca. 700,00 € pro Spiegel.

gez. Heinzel
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Beim Abbiegen an Ampeln besteht eine besondere Gefahrensituation für Fahrradfahrer und Fußgänger, die, wenn sie sich im Toten Winkel aufhalten, nicht von Kraftfahrern gesehen werden können. Durch einen Spiegel, der am Ampelmast neben dem grünen Licht angebracht ist, können Lastwagen,- Bus- oder Autofahrer sehen, ob sich neben ihnen ein weiterer Verkehrsteilnehmer befindet. Diese Maßnahme ist ein weiterer Baustein im Radverkehrskonzept. Sie kann die Verkehrssicherheit in der LHP verbessern und die Zahl der Verkehrstoten senken. In anderen Städten, wie z. B. Münster, läuft derzeit ein ebensolches Pilotprojekt.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0113

Betreff:
Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 12/SVV/0031

Erstellungsdatum 14.02.2013

Eingang 902: 14.02.2013

Einreicher: FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.03.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss 12/SVV/0031 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, Maßnahmen zur Lärmreduzierung im Bereich der Friedrich-Engels-Straße zwischen dem Hauptbahnhof und Freiland e.V. zu prüfen.

Dazu hat die Landeshauptstadt Potsdam ein Lärmgutachten für den obigen Straßenzug im November 2012 ausgeschrieben. Für die Erstellung des Lärmgutachtens, nach der Richtlinie für den Lärmschutz an Straßen (RLS-90), wurde die KSZ Ingenieurbüro GmbH beauftragt.

Die notwendige Verkehrszählung als Grundlage zur Gutachtenerstellung ist witterungsabhängig und soll voraussichtlich im Zeitraum vom 16.02.2013 bis 24.02.2013 erfolgen. Das Ergebnis der Auswertung des Gutachtens kann der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung am 05.06.2013 vorgelegt werden.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0150

Betreff:
Fahrplankorrektur RE 1
bzgl. DS 13/SVV/0021

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: DS 13/SVV/0021

Erstellungsdatum 21.02.2013

Eingang 902: 22.02.2013

4/461

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

06.03.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Entsprechend des Auftrages hat die Stadtverwaltung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (Aufgabenträger für den schienengebundenen Regionalverkehr) sowie dem VBB im Rahmen eines Gesprächstermins zum Bahnverkehr in Potsdam diese Forderung zur Korrektur thematisiert. Folgender Standpunkt wurde uns hierzu mitgeteilt:

Der derzeitige Fahrplan des RE1 entspricht grundsätzlich der Fahrplangestaltung aus dem Jahr 2011 vor der Streckensanierung in Grunewald und damit den Leistungen, die durch das Land Brandenburg bestellt werden.

Die kritisierte Situation resultiert aus der dichten Fahrplanlage und den entsprechenden Halten von RE1, RB21 und RE1-Verstärker (RE1v) von Potsdam Hbf. nach Brandenburg:

Berlin Hbf. ab:	<i>RE1</i> 15:41	<i>RB21</i> 15:55 ¹	—
Potsdam Hbf. an:	<i>RE1</i> 16:06	<i>RB21</i> 16:17 ¹	—
Potsdam Hbf. ab:	<i>RE1</i> 16:08	<i>RB21</i> 16:18¹	<i>RE1v</i> 16:22
Bf. Charlottenhof:	↓	<i>RB21</i> 16:20 ¹	<i>RE1v</i> 16:24
Bf. Park Sanssouci:	↓	<i>RB21</i> 16:22 ¹	<i>RE1v</i> 16:27

¹= von B.-Friedrichstr.

Aus dem dargestellten Fahrplanauszug (eine Stunde später wiederholt sich ab Potsdam Hbf. der Ablauf mit 3 Zugabfahrten innerhalb von 15 Minuten!) wird erkennbar, dass ca. 10 Minuten nach dem RE1 die RB21 aus Richtung Friedrichstr. verkehrt. Es ist also ohne Umstieg möglich, bereits ab Berlin die RB21 zu nutzen bzw. mit einem Zeitverzug von 10 Minuten in Potsdam in die dem RE1 nachfolgenden Züge umzusteigen.

Mit diesem Hintergrund sieht das Ministerium keine Notwendigkeit, eine Korrektur vorzunehmen.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

**Landeshauptstadt Potsdam
Stadtverordnetenversammlung**

Anwesenheitsliste

Gremium	Sitzungstag	Sitzungs-Nr.	Sitzungsdauer: von - bis
Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung	18.04.2013	0006/OUL/13	18:00 Uhr

Sitzungsleitung:	
------------------	--

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	SPD		
-----------------	-----	--	--

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE		
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE		
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE		
Frau Elke Lentz	SPD		
Herr Claus Wartenberg	SPD		
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW		
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen		
Frau Franziska Schneider	FDP		
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis		
Herr Jan Wendt	Die Andere		

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski			
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE		
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE		

Herr Marcus Krause	SPD		
Herr Dr. Ralf Otto	SPD		
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW		
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW		
Herr Stefan Becker	FDP		
Herr Björn Teuteberg	FDP		
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere		
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere		
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis		

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	Aktionsbündnis N/W		
Herr Tino Henning	DIE LINKE		
Herr Manfred Kleinert	Aktionsbündnis N/W		
Frau Jacqueline Krüger	FDP		
Herr Andreas König	Behindertenbeirat		
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten		
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE		
Herr Wolfgang Schütt	CDU		
Herr Horst Siebenhaar			
Herr Rolf Sterzel	Einzelbewerber		
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE		
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen		
Frau Carola Walter	BürgerBündnis		
Herr Holger Wolinski	SPD		

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger			
---------------------------------	--	--	--

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen		
--------------------	--------------------------	--	--